#NoGroKo?

Warum ich beim #Mitgliederforum der SPD mit Nein stimme

Liebe GenossInnen.

In den kommenden Tagen sind wir SPD-Mitglieder dazu aufgerufen, zu entscheiden, ob sich unsere Partei in die dritte Große Koalition in wenig mehr als einer Dekade begibt. Ich rufe euch hiermit dazu auf, mit NEIN zu stimmen. Ich bitte euch, NEIN zum Koalitionsvertrag zu sagen, weil dieser Koalitionsvertrag dreifach schlecht ist. Er ist schlecht für die SPD. Schlecht für Deutschland. Und schlecht für Europa.

Der Koalitionsvertrag ist schlecht für unsere Partei, die SPD.

Der größte Teil der vermeintlichen sozialdemokratischen Erfolge beschränkt sich auf butterweiche Prüfaufträge oder, schlimmer noch, die Einrichtung einer Kommission, die erst einmal klären soll, ob es ein reales Problem gibt. Die SPD darf aber nicht zur "ergebnislos drüber reden"-Partei werden. Wir müssen eine Partei der Tat bleiben.

Dem Koalitionsvertrag fehlt darüber hinaus ein sozialdemokratisches Vorzeigeprojekt. Es fehlt die den politischen Gegner quälende aber dennoch um zu setzende Idee. In diesem Vertrag findet sich, anders als noch 2013, eben kein "Mindestlohn". Um es mal mit unserer designierten Vorsitzenden zu sagen: Da steckt nichts drin, was "quietscht". Kein "in die Fresse". Noch nicht einmal ein Hauch von "ich mach mir die Welt widdewidde wie sie mir gefällt". Der Koalitionsvertrag liest sich, wie es im Schlafzimmer viel zu lange unglücklich Verheirateter riecht - er stinkt. Wer das Gegenteil behauptet, nennt Seehofers "Passt schon" eine Lüge. Und mit unglücklichen Beziehungen auf Zeit kennt sich der zukünftige Heimatschutzminister aus.

Ich möchte euch liebe GenossInnen warnen. Auf die Euphorie "Wir haben Arbeit, Außen und Finanzen" wird die Ernüchterung folgen, dass die WählerInnen uns folgerichtig an Kurzzeitkettenarbeitsverträgen, Waffenexportrekorden und ihren leeren Brieftaschen messen werden. Ministerien ohne Raum für sozialdemokratisches Handeln sind kein Guthaben sondern eine hoch verzinste Hypothek, die wir als Partei in vier Jahren zu bezahlen haben. Wenn wir keine von der Union unterscheidbaren Antworten mehr geben; wenn nicht mehr sichtbar wird, wie WIR Deutschland verändern wollen - werden die BürgerInnen uns zurecht abstrafen. Dieser Koalitionsvertrag bedroht mit seiner Verzagtheit, seinen Formelkompromissen, seinen kleinsten gemeinsamen Nennern die Existenz der deutschen Sozialdemokratie.

Wem die Zukunft der SPD wichtig ist, muss deshalb NEIN zum Koalitionsvertrag sagen.

Der Koalitionsvertrag ist jedoch nicht nur schlecht für die SPD. Er ist schlecht für Deutschland.

Tritt der Vertragsentwurf in Kraft, werden die dringenden Probleme der Republik vier weitere Jahre verwaltet werden, statt aktiv eine gerechtere Gesellschaft zu gestalten. Statt kommende Umwälzungen anzugehen, wird der Status Quo künstlich am Leben gehalten und damit unser aller begrenzte Zeit verschenkt.

Zukunftsprobleme, wie der absehbare Verlust von Millionen Arbeitsplätzen durch Autonomisierung und Digitalisierung, werden im Koalitionsvertrag konsequent verschwiegen. Wo sie, wie im Falle der himmelschreienden Überlastung des deutschen Pflegepersonals oder bei den galoppierenden Mietpreisen, angesprochen werden, sind die entworfenen Lösungen noch nicht einmal ernstzunehmende Kosmetik. Null Komma Sechs neue Pflegekräfte pro Einrichtung, von denen im Übrigen Keiner weiß, wo sie eigentlich herkommen sollen; zwei Milliarden Euro für eineinhalb Millionen fehlende Wohnungen; 15 Euro mehr pro Kind, aber das auch erst in vier Jahren?

Bei derart "mutigen Schritten" stellt sich sicher nicht nur mir die Frage: Für wie blöd halten die GroKo-VerhandlerInnen eigentlich das Volk?

Für Millionen Rentnerlnnen, Alleinerziehende, junge Menschen, Niedriglöhnerlnnen und Erwerbslose geht es schon heute um wenig mehr als das nackte Überleben. Doch in vier Jahren wird jedeR vierte Deutsche "arm" sein.

Arm sein im reichen Deutschland heißt, keine bezahlbare Wohnung zu finden. Arm sein heißt, Länder in denen unsere Großeltern jeden Sommer Urlaub machten, nur noch aus dem Auswanderer-TV zu kennen. Arm sein heißt, zu hungern oder zu frieren, damit das Kind an der Klassenfahrt teilnehmen oder Mitglied im Sportverein werden kann. Arm sein heißt, dauerhaft Mangel zu verwalten. Und arm sein macht krank.

Der Koalitionsvertrag ändert nichts an der stetig wachsenden Kluft in Deutschland. Kein Wort verliert er über die Besteuerung der in perverse Höhen gewachsenen Vermögen einiger Weniger. Kein Wort zur Entwürdigung durch Harz-IV-Sanktionen. Kein Wort zum um sich greifenden Überwachungs- und Verdächtigungsstaat.

Kein Wort auch dazu, dass es im Exportweltmeisterland ganze Regionen gibt, die sich mit Fug und Recht als abgehängt empfinden. Denn... Selbst wer gutes Geld verdient, ist in Deutschland nicht zwangsläufig zufriedener.

Weil sie ohne Breitbandinternet, öffentlichen Nahverkehr oder Schwimmbäder leben; weil sie ihre Kinder in marode Schulen schicken müssen; weil sie vor verschlossenen Landarztpraxen oder Krankenhäusern stehen; weil sie Angst davor haben, im Lebensabend von unterbezahlten PflegerInnen nach sekundengenauen Plänen verwaltet statt gepflegt zu werden, empfinden sich immer mehr Menschen Deutschlands als BürgerInnen zweiter oder dritter Klasse.

Dieser Koalitionsvertrag verschweigt die wahren Probleme der Republik. Er wird uns als Ende des "weiter so" verkauft und ist doch nur ein "so weiter". Diese Große Koalition würde Deutschland nicht besser machen. Wem die Bundesrepublik Deutschland am Herzen liegt, muss deshalb NEIN zum Koalitionsvertrag sagen.

Der Koalitionsvertrag ist noch nicht einmal in dem gut, was ihm am wichtigsten ist. Dieser Koalitionsvertrag ist schlecht für Europa.

Die Europäische Union steckt in der Krise - so weit teile ich die Einschätzung des Vertragsentwurfs - Schuld an dieser Krise haben indes weder der Brexit noch das erstarken rechtspopulistischer Parteien. Jugendarbeitslosigkeit, Altersarmut, mangelnde innereuropäische Solidarität insbesondere beim Themenkomplex "Flucht und Migration" - sie sind nicht Ursache, sie sind Symptome des drohenden Scheiterns.

Wenn wir Deutschen Europa retten wollen, müssen wir zunächst einmal ehrlich mit uns selbst sein. Ehrlich wäre es zu sagen... Die Bundesrepublik hat sich in der vergangenen Dekade an Europa versündigt. Der ehemals "kranke Mann" ist stark geworden. Stark geworden durch Europa. Zu stark geworden für Europa.

Die traurige Wahrheit, die der Koalitionsvertrag wohlweislich verschweigt, ist, dass unser Wohlstand von unseren europäischen Partnern bezahlt wird. Mit jedem unserer fast 100 Milliarden Euro EU-Handelsüberschuss' exportieren wir Arbeitslosigkeit. Die unlängst vom designierten Finanzminister Scholz vehement verteidigte "Schwarze Null" erkaufen wir Deutschen uns mit Rekordschulden in Frankreich, Italien, Spanien...

Tritt der Koalitionsvertrag in Kraft droht uns ein absurdes Szenario: Wenn Griechenland im Sommer frisches Geld braucht, wird womöglich ein SPD-Minister mit Steuermitteln deutsche Banken retten, der noch vor wenigen Wochen "ihre Anteileigentümer und deren vermögende Gläubiger haften" lassen wollte.

Die im Koalitionsvertrag vorgeschlagenen Maßnahmen sind ungeeignet, das Auseinandertreiben der Lebensverhältnisse in der EU zu verlangsamen. Investitionsprogramme wie der EFSI, europäische Forschungsinitiativen oder die Intensivierung des digitalen Binnenmarktes nützen schon heute vornehmlich den Starken, in erster Linie uns Deutschen. Europäische Solidarität, wie der Koalitionsvertrag sie angeblich will, sieht anders aus.

Um die EU zu retten, reicht es nicht, ihre Außengrenze zukünftig in der Sahara zu verteidigen. Eine gemeinsame Armee (PESCO) schafft keine innereuropäische Gerechtigkeit. Was die EU jetzt braucht, sind nicht außerparlamentarische Bürgerdialoge oder die Unterstellung die Flucht der Jugend aus der Arbeitslosigkeit sei "missbräuchliche Zuwanderung in die Systeme der sozialen Sicherheit". Was die EU braucht, ist eine Bundesrepublik, zu ihrer wirtschaftlichen Stärke steht und ihre BürgerInnen am Wohlstand teilhaben lässt. Was die EU braucht, sind deutlich höhere Löhne in Deutschland - bundesweit und quer durch alle Branchen. Wenn wir Deutschen uns nicht bald mehr leisten können, wird sich Europa Deutschland bald nicht mehr leisten können.

Der Koalitionsvertrag über den wir SozialdemokratInnen in diesen Tagen entscheiden müssen, wird die Krise der EU verfestigen. Er ist schlecht für Europa.

Weil ich mir sicher bin, dass wir die SPD auch morgen noch brauchen werden; weil ich nicht blind bin für das Leid der Menschen in Deutschland; weil ich das Friedens- und Freiheitsprojekt Europäische Union retten will, sage ich NEIN zum Koalitionsvertrag.

Ich bitte euch, ebenfalls mit Nein zu stimmen. Danke.